

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

---

7. Juni 1946

Blatt 773

## 600 gefallene Rotarmisten

=====

### Die Gemeinde widmet eine Grabanlage auf dem Zentralfriedhof.

Für die bei den Kämpfen um Wien im Jahre 1945 gefallenen Soldaten der Roten Armee wird von der Gemeinde Wien auf dem Zentralfriedhof hinter der Pegrübniskirche eine eigene Grabanlage errichtet. Bis jetzt sind in dieser Anlage bereits 553 Grabstellen belegt, doch wird die Gesamtzahl mehr als 600 betragen. Die Gräber werden gärtnerisch ausgestaltet und auf Dauer des Friedhofsbestandes von der Gemeinde gepflegt.

Inmitten der Soldatengräber wird ein neun Meter hoher Obelisk von Figuren umrahmt, errichtet werden.

## Die Budgetberatungen des Gemeinderates

=====

Der Gemeinderat setzte heute die Beratung des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1946 fort.

Es wurden 3 Anträge der Gemeinderäte Lauscher und Genossen zur Verwaltungsgruppe "Städtische Unternehmungen" eingebracht, die bei dieser Gruppe zur Verhandlung gelangen werden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. h. c. Körner, beschliesst der Gemeinderat eine Umstellung der Tagesordnung derart, dass nach Verwaltungsgruppe I die Verwaltungsgruppe XII "Städtische Unternehmungen" zur Beratung gelangt.

Es wird in die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe I "Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform" eingegangen.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Speiser führte in seinem Referat aus: Das Führerprinzip ist aus der Wiener Gemeindeverwaltung beseitigt. An Stelle der beamteten Stadträte, die uns das Jahr 1934 beschert hat, stehen nun wieder frei gewählte Männer aus dem Volke an der Spitze unserer Verwaltung. In der Hoheitsverwaltung gibt es zur Zeit 9719 Beamte, 11.551 Angestellte und 12.530 Arbeiter, insgesamt rund 33.800 Personen. Zu ihnen kommen 10.420 Pensionisten, sodaß je 3 städtische Angestellte sozusagen einen Pensionisten miterhalten müssen. In den städtischen Unternehmungen gibt es 1857 Beamte, 1686 Angestellte und 19.782 Arbeiter, zusammen 23.000, an Pensionisten 12.321.

Bei Magistrat und städtischen Unternehmungen zusammen sind 57.105 aktive Angestellte und 22.741 Pensionisten, insgesamt 79.846. Betreffend die Altersstufung gab der Berichterstatter bekannt, daß sich in der Hoheitsverwaltung im Alter bis zu 30 Jahren 16 % zwischen 31 und 40 Jahren 23 %, zwischen 41 und 50 Jahren 30 %, zwischen 51 und 60 Jahren 22 % und über 60 Jahre 9 %, bei den städtischen Unternehmungen bis zu 30 Jahren 12 % der Angestellten und Arbeiter, zwischen 31 und 40 Jahren 19 %, zwischen 41 und 50 Jahren 33 %, zwischen 51 und 60 Jahren 31 % und über 60 Jahre 5 % befinden.

Der Gesamtaufwand für die Personalauslagen in der Höhe von 161 Millionen beträgt 43'7 % der Gesamtausgaben. Diese 161 Millionen setzen sich zusammen aus 108 Millionen für Hauptbezüge, 45 Millionen für Nebenbezüge und 6 Millionen für Sozialversicherungsbeiträge. Für die aktiven Angestellten der Hoheitsverwaltung werden 120 Millionen, für die Pensionisten 24 Millionen ausgegeben. Dazu kommen noch Ersätze an fremde Stellen in der Höhe von 16'5 Millionen, unter denen auch die Ersätze für die Lehrer an den Bund figurieren. Im Jahre 1934 waren ebenfalls 161 Millionen für Personalauslagen vorgesehen, doch war damals der Wert des Schillings und das Verhältnis zum Gesamtbudget ein anderes.

Bei den städtischen Unternehmungen sind für die aktiven Bediensteten rund 81 Millionen, für die Pensionsparteien 21'5 Millionen, insgesamt rund 102 Millionen vorgesehen. Der Berichterstatter verweist in besonderen auf die Mannigfaltigkeit des Dienstes der Gemeinde Wien. In allen Personalständen ist im Jahre 1945 eine gewisse Bewegung entstanden.

Viele Bedienstete sind dazugekommen, Tausende von Nationalsozialisten sind ausser Dienst gestellt, viele pensioniert worden. Auf dem Gebiete der Gemeinde Wien ist eine grosse Überalterung im Personalstande festzustellen, weil besonders während des Krieges die älteren Beamten künstlich im Dienste zurückgehalten wurden. Bei Einstellungen in den Gemeindedienst sind besonders die geeigneten Kräfte berücksichtigt worden, die sich in den ersten Tagen freiwillig zum Aufbau zur Verfügung stellten, die Opfer des Faschismus, die Häftlinge aus den Konzentrationslagern und vor allem jüngere, bewährte Kräfte. Besondere Berücksichtigung werden die Kriegsoffer, Invaliden und die Heimkehrer finden. Heute sind noch viele Tausende Angestellte und Arbeiter bei der Gemeinde zuviel, und es wird vorzuzorgen sein, dass der Personalstand wieder in jene Ordnung gerät, die den Stolz der Gemeindeverwaltung von 1918 bis 1934 gebildet hat und die es bewirkte, dass die Bevölkerung von Wien mit ihren Steuern nicht überflüssige Angestellte und Arbeiter erhält.

Den Befürchtungen gegenüber, dass Verstaatlichungsaktionen eine Verbürokratisierung mit sich bringen könnten, hat die Gemeinde Wien mit ihren kommunalen Unternehmungen ein Beispiel dafür gegeben, dass man Betriebe in öffentlicher Verwaltung auch bei sparsamster und genauester Verwaltung zum besten des gesamten Volkes führen kann. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Wiedergutmachung muss sich vor allem für jene städtischen Bediensteten auswirken, die im Zuge der Ereignisse in den Jahren 1934 und 1938 ausgeschieden worden sind. Es ist notwendig, alle Wiedergutmachungsgesuche genau zu überprüfen. Bisher wurden 1407 Personen rehabilitiert, reaktiviert oder unter Anrechnung erhöhter Bezüge pensioniert. 406 Ansuchen konnte nicht stattgegeben werden, weil eine politische Massregelung nicht nachzuweisen war, bzw. die Betreffenden nach 1933 der NSDAP beigetreten waren. Die Antifaschisten müssen nach und nach die entsprechenden Positionen in der Gemeindeverwaltung erhalten, insbesondere müssen die Witwen und Hinterbliebenen von Justizfizierten bevorzugt werden.

Zur Nazifrage teilte amtsführender Stadtrat Speiser mit, dass auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unternehmungen die Nationalsozialisten von allen leitenden Stellen entfernt wurden. Alle illegalen Nationalsozialisten sind ausser

Dienst gestellt. Ihre Zahl beträgt 6.550. Nur 113 derzeit unentbehrliche, vor allem Ärzte, Pflegepersonal und Kanalarbeiter stehen noch im Dienst und erhalten ein tägliches Kostgeld von 4.-S. Die Gemeinde Wien ist in der glücklichen Lage, alle Fragebogen ihrer Angestellten aus den letzten Jahren gerettet zu haben, die ein Beamter der Gemeinde nicht ohne Gefahr geborgen hat.

Bei der Auszahlung von monatlichen S 150 an nicht illegale Nazi handelt es sich um keine Sonderregelung bei der Gemeinde, sondern dieser Betrag wird auf Grund eines Erlasses des Finanzministers auch beim Bund und bei allen anderen öffentlichen Verwaltungen ausbezahlt. Bei der Gemeinde Wien gibt es im ganzen noch 232 sogenannte 150-Schilling-Menschen. Wenn einmal die neuen Gesetze in Kraft sein werden, die auf Grund der Vereinbarung aller drei Parteien dem Nationalrat in seiner nächsten <sup>Sitzung</sup> vorliegen werden und die hoffentlich bis Ende dieses Monats wirksam werden, dann wird auch der letzte Rest des Nationalsozialismus in der Wiener Gemeindeverwaltung, wie wir ihn noch in diesen 232 Menschen unter uns haben, beseitigt sein. Dann werden die Kommissionen auch die kleinen Mitglieder untersuchen können und es wird entschieden werden, wer von den 232 bei der Gemeinde bleiben kann und wer nicht. Ist dies geschehen, dann wird man auch die in der Arbeit belassenen nicht mehr als Stiefkinder behandeln. Der Redner gab zu verstehen, dass jeder ordentliche Mensch in dieser Stadt, wenn er die Voraussetzungen erfüllt, im Gemeindedienst willkommen ist, egal aus welchem politischen Lager er komme. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass in den letzten 11 Jahren nicht nur keine Sozialisten angestellt, dafür aber besonders viele Sozialisten aus dem Gemeindedienst entfernt wurden.

Gemeinsame Aufgabe aller Parteien wäre es, auch dafür zu sorgen, dass sich die dumpfen Amtsstuben in wirkliche Beratungsstellen für das Volk verwandeln, dass der Aktengang beschleunigt wird. Der Beamte soll ein Freund und Helfer des Volkes sein und nicht auf dem hohen Ross sitzen, wobei es aber auch nicht schaden kann, wenn sich die Vorsprechenden der Höflichkeit befleißigen. Es muss der Grundsatz durchdringen, dass die Verwaltung sparsam geführt wird und keine unnötigen Verwaltungsausgaben geleistet werden. Es darf keine Brücke-berger der Arbeit geben und je weniger Arbeiter und Angestellte im Gemeindedienst stehen, umso grössere

Vorteile können jenen zugestanden werden, die diese Arbeit verrichten. Durch unnötige Anwendung von Vorbildungsvorschriften soll auch nicht der Aufstieg von wirklich tüchtigen Menschen unmöglich gemacht werden.

Die Rechts-, Gehalts- und Lohnverhältnisse werden in der Weise geregelt, wie sie vor 1934 bestanden haben. Glücklicherweise stehen wir einer völlig einheitlichen Gewerkschaft der städtischen Angestellten gegenüber und wir werden auch trachten, einheitliche Urlaube für Arbeiter und Angestellte zustandezubringen. In Bezug auf das Pensionsrecht müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit es nicht möglich ist, daß öffentliche Angestellte früher in Pension gehen, als die Angestellten der Privatwirtschaft. Es wird dafür gesorgt werden, daß ausreichend lange Erprobungszeiten zur Anwendung gelangen und daß den jüngeren Angestellten höhere Anfangsbezüge geboten werden, um die Familienerhaltung zu ermöglichen oder zu erleichtern. Wesentlich wird auch die völlige Gleichstellung von weiblichen und männlichen Angestellten in Bezug auf Entlohnung und Arbeitsverhältnisse sein. (Lebhafter Beifall) Den Angestellten, die nur bis zu 172 S verdienen, werden ab 1. Juni 1946 monatlich 25 S als Vorschuß auf eine kommende Gehaltserhöhung gewährt, bis zur endgültigen Regelung der Verhältnisse. Dies soll im Hinblick auf die gegenwärtig hohen Preise eine kleine Erleichterung sein. (Lebhafter Beifall)

Vizebürgermeister Speiser erwähnte am Schluß seines Referates die Schwierigkeiten, die den städtischen Arbeitern und Angestellten im Vorjahr erwachsen sind, und würdigte ihre tätige Mithilfe am Aufbau unserer Gemeindeverwaltung.

In der Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe "Personalwesen" sprach als erster Gemeinderat Adelpoller (SPÖ).

Wenn wir die Personalpolitik so weiterführen, wie sie seinerzeit war, dann können auch auf diesem Gebiet manche Lorbeeren geholt werden.

Zu dem Budget wäre einiges zu sagen: Es fällt auf, daß beispielsweise im Jahre 1934 um 10.000 Gemeindeangestellte weniger waren, aber diese bekamen dieselben Bezüge wie jetzt. Es wäre anzustreben, dieses Mißverhältnis auszugleichen.

Diese 10.000 Angestellten, die unzweifelhaft zu viel sind, wären umzuschulen, damit sie auf jenen Dienstplätzen Verwendung finden können, auf denen wir heute keine Arbeiter zur Verfügung haben. Die Saisonarbeiter sollten nach einer gewissen Zeit und bei entsprechender Bewährung in den dauernden Dienst der Gemeinde eingestellt werden.

Seit dem Jahre 1934 sind viele Menschen aus politischen Gründen nicht aufgenommen worden, dafür sind aber viele aus politischen Gründen zusätzlich befördert worden. Diese ausserordentlichen Beförderungen müssen rückgängig gemacht werden. (Beifall)

Bei Neuaufnahmen soll getrachtet werden, dass möglichst viele Krüppel aus diesem Krieg und Opfer des Naziterrors eingestellt werden.

Bezüglich der Arbeiter- und Angestelltenförderung muss gesagt werden, dass den unteren Bediensteten die Möglichkeit gegeben werden soll, auch in den mittleren und höheren Dienst aufzusteigen. Im Jahre 1945 haben viele einfache Arbeiter den Beweis erbracht, dass sie in der Lage sind, auch für einen Angestellten in die Frosche zu springen. Es sollten Verwaltungsschulen errichtet werden, in der es den unteren Bediensteten ermöglicht wird, ihre Fähigkeiten auszubauen.

Heute arbeiten noch 113 Illegale bei der Gemeindeverwaltung um ein Monatsgehalt von 120 Schilling, während viele ihrer Gesinnungsgenossen noch spazieren gehen, dafür aber 150 Schilling bekommen. Dies müsse geändert werden. Auch müsste das Missverhältnis abgeschafft werden, dass die Mindestlöhne in den städtischen Unternehmungen nicht mehr als 120 Schilling betragen.

Die Verwaltungsgruppe I wird daher aufgefordert, bei Neuaufnahme von Personal für leichtere Arbeiten, vor allem Kriegsbeschädigte und Opfer des Naziterrors zu berücksichtigen. Ferner die seit dem Jahre 1934 aus politischen Gründen Entlassenen wieder einzustellen und die ausserordentlichen Beförderungen aus politischen Gründen wieder rückgängig zu machen. (Beifall)

GR. Lifka (ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei hat volles Verständnis dafür, dass gerade in den gegenwärtigen Zeiten eine gesunde Personalpolitik ausserst schwer ist. Es fallen 38 % des Budgets auf Personalkosten und bei dem ausserordentlichen Budget steigt diese Ziffer

sogar auf 43 %. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ja die Lehrer - d. s. rund 6.000 Menschen - früher von der Gemeinde besoldet wurden, jetzt nicht im Budget aufscheinen. Man muss aber ins Kalkül ziehen, dass das Budget niedriger veranschlagt wurde, und dass zu hoffen ist, dass die Einnahmen der Gemeinde Wien in absehbarer Zeit steigen werden.

Im Vordergrund der Personalpolitik muss die Lösung des Dienst- und Lohnrechtes stehen. Wir haben heute eine fremde Personalordnung und ein fremdes Dienstrecht, das wieder den österreichischen und Wiener Verhältnissen angepasst werden muss. Zwar kann eine Lösung in dieser Hinsicht auch wieder nur eine provisorische sein, da die Währungsfrage noch nicht geregelt ist. Was nützt es dem Arbeiter und Angestellten, wenn die Löhne erhöht werden und sie auf der anderen Seite befürchten müssen, dass die Preise auch dementsprechend steigen. Auf diese Weise könnte leicht die Gefahr einer Inflation heraufbeschworen werden. Es muss jetzt in erster Linie darauf geachtet werden, das Existenzminimum auf gesetzlicher Basis irgendwie zu regeln.

Es ist auf die Dauer unerträglich, immer wieder über die Nazifrage zu sprechen. Dies wird schliesslich im Ausland den Eindruck erwecken, dass wir mit dieser Frage nicht fertig werden. Es ist daher dringend notwendig, dass von Seiten der Gemeindeverwaltung die Nazi-Frage möglichst bald einer endgültigen Regelung zugeführt wird. Der Herr Personalreferent steht nun aber auf dem Standpunkt, dass eine Reihe von Illegalen unbedingt behalten werden müssten, da sie nicht zu ersetzen seien. Es taucht nun hier die Frage auf, was würde geschehen, wenn diese Nazi, so wie viele andere Pg.'s nach dem Westen hin das Weite gesucht hätten. Dies wäre nun doch noch einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Auch sollte man nicht nur darauf schauen, ob einer ein Abzeichen getragen hat oder nicht. Z.B. wurden die bei der Stadtwache Angestellten automatisch in die Betriebs-SA überführt. Es wäre bei denjenigen, die nach 1938 angestellt wurden und kein Abzeichen trugen, zu untersuchen, wieso sie hereinkommen sind. Bestimmt hat der Grossteil irgendeiner nazi-stischen Protektion bedurft. Viele von diesen sind heute noch hier, nur gehören sie jetzt auf einmal irgendeiner radikalen Partei an. (Beifall) Diese Konjunkturritter müssen besonders unter die Lupe genommen werden.

Der Redner beantragt bei Neuaufnahmen insbesondere die Angestellten der Privatwirtschaft, unter denen es derzeit 25.000 Arbeitslose gibt, besonders zu berücksichtigen. Andererseits sollten nicht qualifizierte Kräfte, die in ihrem Fach in der Privatwirtschaft dringend benötigt werden, in den Gemeindedienst auf Posten übernommen werden, die auch von anderen ausgefüllt werden könnten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. DR. ALTMANN (KPÖ.) betont, die Gemeinde Wien habe als öffentlicher Dienstgeber die Aufgabe, trotz aller Schwierigkeiten beispielgebend auf dem Gebiete der Personalpolitik zu wirken. Es gehe nicht an, an frühere Verhältnisse anzuknüpfen; man müsse neue Wege begehen. Bei genauerer Betrachtung der Budgetziffern ergebe sich eine gewaltige Steigerung sowohl der Auslagen, als auch des Personalstandes. Die Verwaltung müsse rasch auf jenen Personalstand zurückgeführt werden, der vor der Bevölkerung verantwortet werden könne. Dies könne nicht in Form eines mechanischen Abbaues erfolgen. Die Grundsätze dafür seien in dem Beamtenüberleitungsgesetz verankert, das allerdings noch nicht durchgeführt werde. Der Redner hebt besonders die einschlägigen Paragraphen 4, 6 und 7 des Beamtenüberleitungsgesetzes hervor, in denen klar die Grundsätze zum Ausdruck kommen, nach denen bei der Neubildung der Personalstände vorzugehen sei. Wenn der Durchführung dieses Gesetzes beim Bunde dauernde Hemmungen entgegenstünden, obwohl sich alle demokratischen Parteien über die Regelung der Nazifragen einig sind, so sollte die Gemeinde Wien bei der Verwirklichung der gesetzlichen Vorschriften vorangehen, um einen gesunden neuen Personalstand zu schaffen.

Dr. Altmann befasste sich sodann mit der Säuberung der Beamtenschaft von nationalsozialistischen Elementen. Hier sei bereits viel geschehen, doch hätte man in manchen Punkten weitergehen können. Die Fortzahlung der 150 S an ausserdienstgestellte Nationalsozialisten wäre überflüssig geworden, wenn man früher an die Neubildung der Personalstände geschritten wäre. Das in Vorbereitung stehende Nazigesetz werde hoffentlich die Tätigkeit der Sonderkommissionen überflüssig machen und eine im Einzelfalle vielleicht zwar da und dort nicht ganz gerechte Lösung, aber doch eine rasche Regelung dieses Problems bringen.

Das Nazigesetz sieht eine allerdings gekürzte Pensionszahlung für Nationalsozialisten nur dann vor, wenn sie ein bestimmtes Alter erreicht haben oder arbeitsunfähig sind oder nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. An Arbeitsfähige soll keine Pension bezahlt werden. Wenn diese spazieren gehen wollen, dann nicht auf Kosten der anderen.

Der Redner fordert im besonderen eine allgemeine Dienstordnung für alle Bediensteten der Stadt Wien, eine Angleichung der Urlaube und besonderes Augenmerk auf die Lohnfrage. Die Löhne müssen den heutigen Verhältnissen angepaßt werden, man kann nicht den Lohnstop aufrechterhalten, während von einem Preisstop gar keine Rede ist. Eine Angleichung der Löhne ist bei sämtlichen Gruppen der Gemeindebediensteten eine unbedingte Notwendigkeit.

Wenn ein allzu großer Prozentsatz des Budgets für Personalauslagen aufgehe, müsse man das Budget auf andere Weise zu entlasten versuchen. Wege dazu sind auf dem Gebiete der Säuberung und Neubildung des Personalstandes gegeben. Wir haben gar kein Verständnis dafür, daß man verlässliche Demokraten und Kämpfer für Österreich, die in Kerkern und Konzentrationslagern gelitten haben, sowie Kriegsinvaliden zwingt, für Hungerlöhne zu arbeiten, während man sogenannte kleine Mitläufer, die wir im übrigen gar nicht so hart behandelt wissen wollen, beläst. Es muß ein System gefunden werden, das bei allenfalls steigenden Preisen eine entsprechende Lohnsteigerung und damit ein relativ gleichbleibendes Realeinkommen sichert. Fragen, die noch ihrer Lösung bedürfen, sind: das Problem der Saisonarbeiter, das der Nazitarifsätze, die viele Ungerechtigkeiten gegen Arbeiter und Angestellte enthielten, sowie Verbesserungen in der Dienstordnung. Bei Durchführung der Personalpolitik nach diesen Grundsätzen könne der Personalreferent der Unterstützung der kommunistischen Fraktion sicher sein. (Beifall bei den Parteigenossen)

Gemeinderat Wiedermann (SPÖ) gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bei der Neugestaltung des Besoldungswesens wieder dorthin gelangen werde, wo man vor 1938 war und begrüßte es, daß das Existenzminimum so gehoben werden soll, daß jeder Arbeiter und Angestellte wenigstens wieder das kaufen wird können, was er nach seinen Karten bekommen kann.

Gemeinderat Schwaiger (ÖVP) betonte, daß ein Staat nur dann gedeihen kann, wenn die Existenz seiner Staatsbürger entsprechend gesichert ist. Der Redner hob den Rahmenvertrag der aushilfsweise Bediensteten für den Fahrdienst der Wiener Verkehrsbetriebe hervor, der Stundenlöhne von 73 Groschen aufweise, Eine so schlechte Bezahlung käme selbst in der Privatindustrie nicht vor. Für das Zustandekommen dieses Vertrages würde von der Kommunistischen Partei der Versuch gemacht, den jetzigen amtsführenden Stadtrat für die Verkehrsbetriebe, der der ÖVP angehört, verantwortlich zu machen, obwohl der zur Zeit des Vertragsabschlusses keinerlei Einfluß darauf nehmen konnte. (Lebhafte Zwischenrufe) Gemeinderat Schwaiger stellte die Forderung, diesen Rahmenvertrag an den Kollektivvertrag der übrigen Angestellten anzugleichen. Er halte es auch für unerlässlich, daß bei künftigen Personalreduzierungen keinerlei politische Erwägungen maßgebend sein dürfen. Wenn Einsparungen notwendig sind, dann sollen solche auf Kosten der Arbeiter und Angestellten erst dann vorgenommen werden, bis alle anderen Möglichkeiten restlos erschöpft sind. Erst wenn die arbeitende Bevölkerung eines Staates gesicherte Existenzgrundlagen habe, dann ist ein Staat wirklich lebensfähig. (Beifall)

Vizebürgermeister Speiser (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, daß sich alle Parteien auf den Standpunkt stellen, daß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere aber auf dem Gebiet der Personalpolitik eine gemeinsame Richtlinie eingehalten werden müsse. Jene Anregungen, die gegeben worden sind, die Personalpolitik in der einen oder anderen Weise zu ändern, werden einer Überprüfung unterzogen. Es liegt im Wesen der Dinge, daß man aus der Kritik, die geübt wird, lernt.

Bezüglich der Anregung, die Saisonarbeiter einmal ständig anzustellen, macht der Redner aufmerksam, daß Saisonarbeiter meistens ältere Leute sind, die in der Privatwirtschaft kein Unterkommen mehr gefunden haben. Man kann sie nicht den jüngeren und voll einsetzungsfähigen Arbeitskräften gleichstellen. Hier die richtige Mitte zu halten, nämlich den alten Arbeitern gewisse Aufnahmemöglichkeiten zu sichern, andererseits sie nicht mit den Gesamtrechten auszustatten wie die jüngeren, wird bestimmt ein Kunststück sein.

Die Kriegs- und Nazigeschädigten haben wir in den letzten Monaten berücksichtigt wo es nur möglich gewesen ist. Auch haben wir in der letzten Zeit 327 aus dem Krieg heimgekehrte Invalide eingestellt. Das ist sicher keine geringe Zahl.

GR. Adelpoller beantragte die Förderung des Aufstieges der Befähigten. Auch ich bekenne mich zu diesem Prinzip. Der Vollzug gewisser Änderungen auf dem Gebiete des Prüfungswesens wird von dem Redner unterstützt werden.

Die zwei Anträge des GR. Adelpoller, ausserordentliche Beförderungen aus politischen Gründen rückgängig zu machen und für Kriegs- und Nazigeschädigte besonders zu sorgen, bitte ich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen.

Herr GR. Dr. Altmann führte an, dass bei der Gemeinde Wien um rund 16 1/2 tausend Angestellte mehr seien als früher. Dazu ist zu sagen, dass wir 9.800 Personen neu angestellt haben. Die kriegswirtschaftlichen Ämter, die entstanden sind, haben einen Personalstand von 3.300 Personen. Wenn wir jetzt noch die rund 2.000 Mann der Gemeinde dazurechnen, die sich derzeit noch in Kriegsgefangenschaft befinden, dann erst kommen wir zu einer Zahl von 15.100 Personen. Es werden bei den einzelnen Verwaltungsgeschäften sicher noch Einsparungen an Personal möglich sein.

Bezüglich der Frage, was geschehen wäre, wenn sich die 113 Illegalen nach dem Westen abgesetzt hätten, will ich sagen, dass gerade diese Männer nicht auf verantwortungsvollem Posten stehen. Es sind hauptsächlich kleinere Leute. Wenn wir wollen, dass unsere Kanäle nicht eines Tages verstopft sind, dann müssen wir z.B. die illegalen Kanalarbeiter auf ihrem Posten behalten. Es wäre schön, wenn alle Nazi so "schlafen" müssten. (Beifall)

Von dem Personal, das nach 1938 eingestellt wurde, sind bereits 3.000 Angestellte gekündigt und befinden sich nicht mehr im städtischen Dienst. Unter den nach 1938 Aufgenommenen gibt es aber auch viele, die uns durch die Arbeitsämter zugewiesen wurden. Die Auswechslung des Personals auf den wenigen noch von Nazi besetzten Fachposten stösse auf große Schwierigkeiten, weil es nur schwer möglich ist, die entsprechenden Kräfte zu finden. Wegen des Rahmenvertrages bei den Wiener Verkehrsbetrieben werden die notwendigen Schritte gemacht werden. Durch die Vorsechußgewährung von 25 S zeichnen sich schon die künftigen Linien neuer Rahmenver-

träge ab.

Im Zusammenhang mit der Behauptung des Gemeinderates Schwaiger (ÖVP), daß bei einer Dienststelle der Gemeinde Wien ein Abonnement der Arbeiter-Zeitung unter Druck durchzusetzen versucht wurde, erklärte Vizebürgermeister Speiser, daß die Gemeinde Wien niemals eine Politik dulden würde, die auf Zwangsmaßnahmen beruhe. Alle Versuche dieser Art hätten im politischen Leben bisher Schiffbruch erlitten.

Der Rodner schloß mit dem Versprechen, daß überall dort, wo es möglich ist, etwas zum Wohle unserer Arbeiter und Angestellten zu unternehmen, dies geschehen wird, unter der Voraussetzung, daß auch diese ihr Bestes für die Gemeinde und die Stadt Wien leisten. (Lobhafter Beifall.)

Die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe I wurden mit den Stimmen aller drei Parteien beschlossen. In der Debatte wurden vier Anträge gestellt. Ein Antrag der Gemeinderäte Schwaiger, Lifka, Tanser und Genossen (ÖVP), verlangt die Angleichung des Rahmenvertrages der Aushilfsbediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe an den Kollektivvertrag der übrigen Bediensteten dieses Unternehmens; ein zweiter Antrag der Gemeinderäte Lifka, Schwaiger und Ing. Rieger (ÖVP) befürwortet die Aufnahme von Personen aus dem reise der Privatangestellten in den Gemeindedienst und deren Umschulung. Ein Antrag der Gemeinderäte Adelpoller, Heigelmayer und Genossen (SPÖ) verlangt die Wiedergutmachung der aus politischen Gründen im Jahre 1934 erfolgten Massregelungen und die Überprüfung und eventuelle Rückgängigmachung der aus politischen Gründen erfolgten ausserordentlichen Beförderungen, schliesslich ein Antrag der Gemeinderäte Adelpoller, Heigelmayer und Genossen (SPÖ), der verlangt, bei Neuaufnahmen für leichtere Arbeiten Kriegs- und Nazigeschädigte bevorzugt einzustellen.

Diese 4 Anträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Als nächster Punkt gelangte nun die Verwaltungsgruppe XII "Städtische Unternehmungen" zusammen mit den Wirtschaftsplänen der städtischen Unternehmungen für 1946 zur Beratung. Das Referat darüber erstattete amtsführender Stadtrat Dr. Exel. Der Berichtstatter wies an Hand eines geschichtlichen Rückblickes darauf

hin, wie der Wert einer sozialpolitischen Idee durch das Mass der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, die ihr innewohnt, gegeben ist. Dies treffe insbesondere in der Frage der Kommunalisierung zu.

Auf die einzelnen Unternehmungen eingehend, befasste er sich zunächst allgemein mit den grossen Zerstörungen und Schwierigkeiten in den einzelnen Unternehmungen als Folge des Krieges.

Der Erfolgsplan der Wiener E-Werke rechnet mit einem Jahresverbrauch von 600 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1946; das entspricht einem Tagesdurchschnitt von 1,644.000 kWh. Im Jahre 1945 wurden rund 591 Millionen kWh erzeugt und bezogen. Von der 600 Millionen des Jahres 1946 sollen 250 Millionen von fremden Leitungen bezogen werden, 100 Millionen werden in den WEW und den der Stadt Wien gehörenden Wasserkraftwerken, die restlichen 250 Millionen in den zwei Dampfkraftwerken Simmering und Engerthstrasse erzeugt werden. Der Erfolgsplan schliesst mit einem Abgang von etwas über 4 Millionen Schilling, was auf die teilweise Ölheizung, die Zurückstellung eines uneinbringlichen Betrages von 2 Millionen Schilling sowie auf den geringeren Zinsertrag zurückzuführen ist. Der Finanzplan sieht Neuerstellungen in der Höhe von 37 Millionen Schilling vor, von denen 20 Millionen im Jahre 1946 verausgabt werden sollen.

Die Wiener Gaswerke veranschlagen eine Verkaufsmenge von 219 Millionen m<sup>3</sup>. Der Erfolgsplan schliesst mit einem Abgang von 1,7 Millionen Schilling. Ausgaben sind in der Höhe von insgesamt 14 Millionen Schilling vorgesehen. Die Ertragslage der Gaswerke wird wesentlich von dem Weltmarkt-Kohlenpreis mitbestimmt, der sehr gestiegen ist. Die Wiener Gaswerke hatten die Absicht, zur Deckung der höheren Kohlenkosten den Kokspreis in demselben Verhältnis zu erhöhen, doch wurde diese Erhöhung von der Preisbildungsstelle nicht in dem beantragten Ausmasse bewilligt.

Die städtischen Verkehrsbetriebe veranschlagen für 1946 400 Millionen Fahrgäste, eine Fahrleistung von rund 76.000 Wagen-Kilometern und einen Durchschnittsfahrpreis von 20 Groschen. Dabei ergibt sich ein voraussichtlicher Jahresverlust von rund 16 Millionen Schilling. Der Personalstand beträgt

14.600 Personen. Es werde das Möglichste getan werden, um den sogenannten Rahmenvertrag sozial gerechter zu gestalten.

Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien steht im Zeichen der schweren Kriegs- und Nachkriegsverluste. Der Viehbestand ist fast völlig, die Maschinen zum grössten Teil, vernichtet. Die "Gewista" schliesst ebenso wie die städtische Leichenbestattung mit einem Jahresgewinn ab. Der Wirtschaftsplan des Brauhauses der Stadt Wien dürfte sich günstiger als ursprünglich angenommen **wurde, gestalten.**

Der Berichterstatter dankt abschliessend unter allgemeinem lebhaften Beifall der Arbeiter- und Angestelltenschaft aller Betriebe für ihren in unerhörter Betriebstreue und unter grössten Gefahren bewiesenen Aufbauwillen.

GR. Adelpoller (SPÖ)

Die Bediensteten der städtischen Unternehmungen haben in bewundernswerter Tätigkeit all das gemacht, was von einem betriebs-treuen Arbeiter erwartet werden kann. Es soll ihnen dies vergolten werden, indem den Tüchtigsten die Aufstiegsmöglichkeit gesichert wird. Nur die Betriebsdemokratie wird das Wohl der Arbeiterschaft und der Stadt fördern.

In den städtischen Unternehmungen sollen alle modernen Einrichtungen der Technik angewendet werden, um sie auf jene Höhe zu bringen, die notwendig ist, um sie aktiv zu gestalten. Hunderte Maschinen wurden abmontiert und es wird unsere Aufgabe sein, diese durch neue und modernere zu ersetzen. Das Elektrizitätswerk soll z.B. wieder so modern werden, dass es einen Gewinn abwirft, jedoch nicht zu Gunsten des Gemeindesäckels sondern um der Bevölkerung unserer Stadt einen billigeren Strom zu verschaffen.

Fortschritt und Technik soll nicht für Vernichtungszwecke sondern für Arbeit zu Nutz und Frommen der Gesamtbevölkerung unserer Stadt verwendet werden.

GR. Mazur (ÖVP)

Die ÖVP will die städtischen Unternehmungen gut wirtschaftlich aber auch sozial geführt wissen. Das Wort sozial muss in diesem Fall besonders unterstrichen werden, weil doch die städtischen Betriebe in unserer Stadt gleichsam einen Masstab und ein Vorbild für die meisten Privatbetriebe abgeben müssen.

Es muß hier allerdings festgestellt werden, daß die städtischen Unternehmungen die an sie gestellten Erwartungen leichter erfüllen können als die Privatbetriebe. Die Gemeinde Wien verfügt über eine Reihe von Betrieben, die eine Monopolstellung besitzen und daher von der Gegenseite keine Konkurrenz zu erwarten haben.

Wir setzen in die oberste Leitung der städtischen Unternehmungen unser vollstes Vertrauen. Hier steht der richtige Mann am richtigen Platz. Voraussetzung ist allerdings, daß ihm genügend Zeit für seine Planungen gegeben wird und ihm keine unnötigen Schwierigkeiten, weder von außen noch von innen, bereitet werden.

Der Redner sprach dann darüber, daß die städtischen Unternehmungen niemals den Gegenstand eines Politikums bilden sollen. Die Personalpolitik muß daher möglichst farblos sein, um eine freie Bahn den Tüchtigen zu bieten. In diesem Zusammenhang hat der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII das Tragen von Parteiabzeichen innerhalb des Dienstes untersagt. (Beifall.)

Wir wollen hoffen, daß die Behebung der umfangreichen Kriegsschäden die Handhabe gibt, die betrieblichen Anlagen und sonstigen Einrichtungen der städtischen Unternehmungen zu verbessern, damit wir der Welt wieder als Musterbeispiel kommunaler Wirtschaft vorgeführt werden können. (Beifall.)

G.R. Lauscher (KPÖ)

Die Unternehmungen der Gemeinde Wien dürfen nicht nach kapitalistischen Grundsätzen geführt werden, so daß sie einen großen Gewinn abwerfen, sondern vom Gesichtspunkt der Befriedigung der Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung.

Die städtischen Gaswerke haben im Jahre 1946 einen Abgang von 1,700.000 Schilling zu verzeichnen. Dieses Defizit könnte aber dadurch ausgeglichen werden, daß man die Verbrauchsgasmenge um 13 Millionen m<sup>3</sup> erhöht. Dies stößt aber auf Schwierigkeiten, weil die nötige Kohle nicht vorhanden ist. Wir beziehen Kohle aus dem Ruhrgebiet. Diese ist nicht nur um 60% teurer, sondern sie ist auch für die Gaserzeugung ungeeignet. Es wäre daher äußerst wünschenswert, einen Handelsvertrag abzuschließen, um aus dem Ostrauer Kohlenrevier Kohle zu erhalten. Diese gehört zu den besten für die Gaszerzeugung. Das

Defizit könnte auch dadurch wettgemacht werden, daß der Gas-mehrverbrauch nicht billiger angerechnet wird als der Normalverbrauch.

Durch die Rückführung der Energiewirtschaft in die öffentliche Hand würde es ermöglicht, daß sowohl auf dem Gebiete der Stromerzeugung als auch der Tarifpolitik größer und vor allem sozialer geplant werden kann. Es sollte auch auf die Einführung des Drehstroms von 220 und 380 Volt übergegangen werden, denn der Stromverbrauch der Haushalte wird in Zukunft immer größer werden. Dies würde auch für die heimische Elektroindustrie von Nutzen sein und ihr größere Aufträge vermitteln.

Es wäre begrüßenswert, wenn auch die Verkehrsbetriebe die Schäden bald überwinden würden, damit auch den Arbeitern der Außenbezirke durch Einführung neuer Linien die Erreichung ihres Arbeitsplatzes erleichtert wird.

Bei der Leichenbestattung sind seit vielen Jahren Arbeiter beschäftigt, die immer noch als Saisonarbeiter gelten. Wir wollen in dieser Hinsicht einen Antrag einbringen, daß Arbeiter, die bereits über drei Jahre ihren Dienst leisten, in das definitive Dienstverhältnis der Gemeinde Wien übernommen werden.

Bezüglich der Kommunalisierung führte der Redner aus, daß diese die Leistungsfreude der Arbeiter und Angestellten der städtischen Unternehmungen heben und damit nur der Entwicklung Rechnung getragen würde, die heute in der Mehrheit der europäischen Länder zu beobachten ist. In diesem Sinne kann man für die weitere Zukunft der städtischen Unternehmungen sehr optimistisch sein.

G.R. Peischl (SPÖ) sprach davon, daß es den Wiener Gaswerken gelungen ist, schon 1800 von den 2000 Schäden am Wiener Gasnetz wieder zu beseitigen. Mit dem raschen Anschluß aller Wiener Gemeindebezirke an das Gaszuleitungsnetz ist eine Tat geschehen, für die jenen Arbeitern, die sich so bereitwillig für den Wiederaufbau einsetzten, der Dank der ganzen Wiener Bevölkerung gebührt. Schwerwiegend sei es, daß die Kosten der Ruhrkohle um 60% höher liegen, als die der oberschlesischen Kohle. Aus diesem Grunde wäre es notwendig, unverzüglich einen Handelsvertrag mit der CSR abzuschließen. Die Gasproduktion müsse so erhöht werden, daß die Gasabgabe wieder zu einem Aktivposten

der Stadt Wien wird. Ein Abschluß von Wirtschaftsvorträgen wäre daher nicht nur ein Erfolg für das Wiener Gaswerk, sondern für die gesamte Bevölkerung.

G.K. Ing. Rieger (ÖVP) hob die Notwendigkeit hervor, die Unternehmungen der Stadt Wien wieder auf den Stand zu bringen, wie er einmal war. Was die hohen Gesteungskosten des elektrischen Stroms betreffe, so sei nicht allein der Kohlenmangel dafür maßgebend, sondern der enorm hohe Ölpreis, der sich von 80 S pro Tonne auf 130 S erhöht habe. Dies trotzdem die Ölfelder in unserem eigenen Lande liegen. Insgesamt habe man aber durch das Budget der städtischen Unternehmungen einen Beweis erhalten für den Aufbauwillen unserer Stadt.

Es müsse eine unnütze Konkurrenzierung zwischen den Gaswerken und dem Elektrizitätswerk vermieden werden. An Hand technischer Einzelheiten behandelt der Redner vor allem im Hinblick auf die Verwendung von Gas und Strom für Koch- und Heizzwecke, die sich aus einer solchen Konkurrenzierung ergebenden Probleme und geht auf die Frage des Baues von Wasserkraft-Speicherwerken und die Ausnützung der Elektrizität für die Raumbeheizung durch Heranziehung von Fernkraftwerken ein. Die Planung der beiden Unternehmungen müsse nach gemeinsamen Richtlinien vorgenommen und aufeinander abgestimmt werden.

Der Ausbau der Verkehrsbetriebe muß im Rahmen der städtebaulichen Planung erfolgen. Wien muß wieder ein modernes und schnelles Verkehrssystem erhalten, das uns gegenüber den anderen Weltstädten nicht zurückstehen läßt. Die Stadtbahn muß Anschluß an das Netz der Bundesbahnen und durch Erhöhung der Reisegeschwindigkeit eine bessere Ausnützung des Wagenparkes finden, Floridsdorf mit einer Schnellbahn an den Wiener Verkehr angeschlossen werden.

Das Bestreben der Generaldirektion der städtischen Unternehmungen, so schloß der Redner, müsse darauf gerichtet sein, nicht nur das gegenwärtige Defizit auszugleichen, sondern darüber hinaus die durch Einführung technischer Neuerungen sich ergebenden Einsparungen für eine soziale Besserstellung der Bediensteten dieser Betriebe sicherzustellen.

Die Verhandlung wird sodann unterbrochen.

Fortsetzung der Spezialdebatte in der nächsten Sitzung, Dienstag 11. Juni 1946, 13 Uhr.

Schwedische Trockenmilchausgabe  
=====

Für die 3 bis 6jährigen Kinder der Bezirke 3, 6, 7, 10 und 11 erfolgt die Trockenmilchausgabe Dienstag, den 11. Juni 1946 in den bekannten Ausgabestellen.

Für die Kinder der Bezirke 2 und 21 wird die Milch auch nur Dienstag, den 11. Juni 1946 in den nachfolgend angegebenen Stellen zur Ausgabe gelangen:

2. Bezirk: Castellazgasse 35 für die Ausspeisestellen: Franzensbrückenstraße 24, Wittelsbachgasse 6, Marinelligasse 1

Obere Augartenstraße 68 für die Ausspeisestellen: Obere Augartenstraße 14a, Schüttelstraße 9, Novaragasse 40.

Reichsbrückenstraße 40 für die Ausspeisestellen: Schönngasse 2, Vorgartenstraße 93, Wehlistraße 309.

Leopoldsgasse 1a

21. Bezirk: Michtnergasse 3 für die Ausspeisestellen: Anton Bosch Gasse 15, Schwarzlackenau.

Baumergasse 24 für die Ausspeisestelle: Stammelgasse 3.

Schüttaustraße 1-5 für die Ausspeisestellen: Schüttaustraße 1-39, Schüttaustraße 43.

Langobardenstraße 207 für die Ausspeisestelle: Benjovskygasse.

Floridsdorfer Markt 5 für die Ausgabestelle: Kautenkranzgasse 33.

Steigenteschgasse 8 für die Ausspeisestellen: Meissnerstraße 1 Kraygasse 397.

Schöpfleuthnergasse 26 für die Ausspeisestelle: Bruckhaufen.

Josef Baumann-Gasse 125 für die Ausspeisestelle: Leopoldau, Nordrandsiedlung.

Wurmbrandgasse 22 für die Ausspeisestelle: Hardeggasse 25.

Weiter bleiben: Albert Gassmann-Gasse 32, Breitenleer Straße 157.

Erling, Hauptstraße, Hirschstetten, Genossenschaftshaus, Hirschstettener Straße 59, Erzherzog Karl Straße 65, Moltkestraße 13,

Stammersdorf, Hauptstraße, Süßenbrunn, Hauptplatz.

Wiener Verkehrsbetriebe  
=====

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt folgendes mit:

- 1.) Der Betrieb der Linie 317 wird von Sonntag, den 9. Juni 1. J. an an allen Tagen verlängert. Der letzte Zug fährt um 22 Uhr 30 ab Kagraner Platz und um 23 Uhr 11 ab Groß-Enzersdorf.

2.) Am Montag, den 10. Juni l. J. (Pfingstmontag) gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagstarif. An diesem Tage gelten die 45 Groschen-Fahrscheine für zwei Fahrten, ferner die Wochenkarte zu 1'50 S. Hingegen haben die Wochenkarten zu 1'80 S für das Tarifgebiet I und II keine Gültigkeit.

Die Vorverkaufsstellen sind am Pfingstmontag nur von 8 bis 14 Uhr geöffnet.

#### Desinfektion des Schwimmbeckenwassers

=====

Mit Bezug auf eine vor einigen Tagen veröffentlichte Nachricht, gibt die städtische Bäderverwaltung bekannt, daß die Mittel zur Entkeimung des Wassers der Schwimmbecken in einer für längere Zeit ausreichenden Menge vorhanden sind und daß daher keine Gefahr für die Badenden besteht. Die hierzu verwendeten Mittel sind selbstverständlich nicht gesundheitsschädlich.

#### Schwedische Kinderauspeisung

=====

Ab 17. Juni 1946 werden die Gemeinden Mauer bei Wien, Rodaun, Kalksburg, Kaltenleutgeben, Breitenfurt und Laab der Schwedischen Kinderauspeisung angeschlossen.

Es können alle Kinder daran teilnehmen, die zwischen dem 1. Jänner 1940 und dem 1. Juni 1943 geboren sind, sowie die zwischen dem 1. Oktober 1939 bis 1. Jänner 1940 geborenen Kinder, die noch nicht die Schule besuchen und darüber eine Schulbestätigung erbringen können. Die Anmeldung erfolgt Dienstag, den 11. Juni 1946 von 9 bis 13 und 15 bis 18 Uhr unter Vorlage von Geburtschein, Meldezettel und Lebensmittelkarte des Kindes in den Ortsvorstellungen. Für Breitenfurt-Siedlung und Laab ist das Gasthaus Grüner Baum und für Breitenfurt-Ort das Gasthaus Ulm die Anmeldestelle.

#### Geänderte Besuchszeit im Triesterspital

=====

Der Besuch der Kranken im Triesterspital (Kaiser-Franz-Joseph-Spital) im 10. Bezirk wird ab sofort an Mittwochen eingestellt, da das Krankenhaus an diesem Tag Hauptaufnahmedienst hat. Es gelten nun folgende Besuchszeiten: Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag von 13.30 Uhr bis 15 Uhr.

Zur Kraftwagenverkehr an Sonn- und Feiertagen  
=====

Das Wiener Interalliierte Kommando hat in einer Zuschrift an den Wiener Magistrat den Missbrauch von Fahrzeugen an Sonn- und Feiertagen beanstandet und die Stadtverwaltung beauftragt, einen Plan zur Beseitigung der Anstände vorzulegen. Die zuständige Magistrats-Abteilung hat einen Entwurf einer Verfügung ausgearbeitet, der durch ein Missverständnis an die Zeitung zur Veröffentlichung herausgegeben wurde. Die Stadtverwaltung bedauert diesen Vorfall und widerruft die am 4. Juni 1946 in der Tagespresse verlautbarte Verfügung, dass sämtliche Fahrten mit Kraftwagen eingestellt sind.

Feinseife für Säuglinge  
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt für die Bezirke I - XXVI bekannt:

Die Abschnitte 16 und 17 der Seifenkarten S werden hiermit aufgerufen und berechtigen nach Massgabe der Anlieferung zum Bezug von insgesamt 2 Stück Feinseife oder 1 Doppelstück Feinseife für 2 Monate. Der Abschnitt 13 der Seifenkarte S verfällt mit 15. Juni 1946. Der Abschnitt 13 der Seifenkarten K, F und M (1 Stück Einheitsseife) ist weiterhin gültig.

Achtung, Kartoffelgroßverteiler!

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die einlaufenden Kartoffeltransporte müssen sofort übernommen und die Waggons unverzüglich, auch am Sonn- und Feiertag, ausgeladen werden. Die Kartoffel-Kleinverteiler müssen sich zur Übernahme der Ware bereithalten. Bei der nächsten Kartoffelverteilung wird die Kartoffelration für zwei Wochen aufgerufen.

Ersatz für Lebensmittelpakete

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Soweit Schwerarbeiter sowie werdende und stillende Mütter das in der 13. Versorgungsperiode aufgerufene Lebensmittelpaket nicht erhalten konnten, wird auch auf die nicht eingelösten Abschnitte S 20, S 26 und M 14 der Zusatzkarte dieser Periode ein Kilogramm Zucker abgegeben.